

## Die neue Politik der UdSSR in der deutschen Frage und der 17. Juni 1953 in der DDR

Die ideologisch geprägten Wertungen des 17. Juni 1953, die in West und Ost im Kalten Krieg eine Rolle spielten, hatten keine wissenschaftliche Tragfähigkeit, auch wenn sie hier und da heute noch kolportiert werden. Die Wertung als »Volksaufstand« oder als »Arbeiteraufstand« hatte im Westen dazu gedient, den 17. Juni als Feiertag zu begehen, was in der Öffentlichkeit immer mehr in Frage gestellt wurde. Mitte der 1970er Jahre wurde der 17. Juni als Grundstein des KSZE-Gebäudes ausgedeutet. Nach der Wende wucherte der 17. Juni, wie Edgar Wolfrum schrieb, zu einem Großmythos empor, indem er als Vorbote der Wiedervereinigungsrevolution von 1990 hingestellt wurde. Die Erinnerung an den 17. Juni befinde sich weiterhin »im Klammergriff politischer Instrumentalisierungen«<sup>1</sup>.

»Faschistischer Putsch« oder aber die später vollzogene Abmilderung »konterrevolutionärer Putschversuch« waren Wertungen sowjetischer Besatzungsorgane und des SED-Politbüros, die die Geschichte des Landes im Jahre 1953 ausschließlich in den Beziehungsrahmen des Kalten Krieges stellten und die tatsächlich zu verzeichnende tiefe Gesellschaftskrise leugneten. Die marginale Aktivität faschistischer bzw. neonazistischer Kräfte am 17. Juni wurde zum entscheidenden Merkmal des historischen Vorgangs denunziert. Die Unruhen bzw. großen Unruhen im Jahre 1953 hatten, wie die Archivquellen belegen, ihre Ursachen in einer falschen Politik. Die Krise war von der SED und den sowjetischen Besatzungsbehörden hausgemacht.

### Sozialistischer Aufbau im geteilten Land?

Die II. Parteikonferenz der SED fasste im Juli 1952 den Beschluss, dass »der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden ist«<sup>2</sup>. Bestimmend für diesen Beschluss waren nicht die inneren Entwicklungen in der DDR. Den Ausschlag dafür gaben vielmehr wichtige Veränderungen in der Deutschlandpolitik der UdSSR nach den Weichenstellungen des General- und Deutschlandvertrages im Mai 1952. Offenbar ging Stalin davon aus, dass mit dem EVG<sup>3</sup>-Projekt, das bekanntlich im August 1954 in der Französischen Nationalversammlung scheiterte, bereits endgültige Entscheidungen im Sinne der Westintegration der Bundesrepublik gefallen seien und keine Chance mehr für eine deutsche Wiedervereinigung bestünde. In diesem Zusammenhang hatte das sowjetische Innenministerium einen Stab von 2.222 Bevollmächtigten zur Beaufsichtigung des Regierungsapparates der DDR bereitgestellt, der mit Amtsantritt von Lawrentij Berija als Innenminister nach Stalins Tod auf 328

---

1 Edgar Wolfrum: Politik und Erinnerung – Die Folgewirkungen des 17. Juni 1953. In: Massenmedien und Zeitgeschichte. Herausgegeben von Jürgen Wilke. Konstanz 1999, S. 274.

2 Dokumentation der Zeit, H. 31, Berlin 1952, S. 1378.

3 EVG-Europäische Verteidigungsgemeinschaft. 1952 von Frankreich initiiertes Projekt einer »Europarmee« unter Beteiligung Frankreichs, der Benelux-Staaten und der Bundesrepublik, welche letztere von wesentlichen Beschränkungen der Besatzungspolitik befreien und fest in ein westliches Bündnis einbinden sollte.

gekürzt und nach dessen Verhaftung am 26. Juni auf 540 wieder erhöht worden war.<sup>4</sup> Sowjetische Berater in den Ministerien der DDR konnten selbstständig operativ tätig sein. Sie hatten Kontroll- und Weisungsrecht.

Das Konzept für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR wurde von Vertretern der SED-Führung und der Sowjetischen Kontrollkommission auf der Basis von Richtlinien aus Moskau ausgearbeitet.<sup>5</sup> Es wurde am 8. Juli 1952 vom Parteipräsidium der KPdSU gebilligt und von der 2. Parteikonferenz der SED beschlossen. Dieser Beschluss war nicht unproblematisch, ging er doch von der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Drittel- oder Viertel-Land (1/5 der deutschen Bevölkerung lebte in der DDR) aus. Er bedeutete, dass der DDR als kleinem Land, das noch Reparationsleistungen zu erbringen hatte<sup>6</sup>, erhebliche zusätzliche Belastungen aufgebürdet wurden.<sup>7</sup>

Die Überforderung steigerte sich noch im Herbst 1952. Im Oktober dieses Jahres fand erstmals seit 1939 wieder ein Parteitag der KPdSU, der XIX. Parteitag, in Moskau statt. Auf einer kurz nach diesem Parteitag durchgeführten Plenartagung sprach, wie wir aus einer erst im Jahre 1989 veröffentlichten Mitschrift Konstantin Simonows wissen, als einziger Stalin.<sup>8</sup> Er warf erstmals die Frage danach auf, was nach seinem Tode kommen werde und gab zu erkennen, dass er mit einer unmittelbar bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR rechne. Damit überschätzte Stalin die akute Kriegsgefahr. Er glaubte klarer als andere in der Parteiführung die »tödliche Gefahr«<sup>9</sup> zu erkennen, die über allen schwebte. Durch die Moskauer Führungsetagen schwirrten böse Gerüchte über eine ausbrechende Geistesverwirrung. Stalin, der psychisch krank und voller Misstrauen war, hatte seine frühere Fähigkeit zur realen Lagebewertung offenbar weitgehend eingebüßt. Das sich nunmehr abzeichnende Ende des Koreakrieges musste nicht bedeuten, dass nun der Krieg in Europa ausbrechen würde, wie Stalin glaubte. Die sich nach Stalins Tod abzeichnenden vorsichtigen Entspannungstendenzen vom April und Mai 1953 mit der

4 Vgl. Jan Foitzik: »Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren«. Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: DeutschlandArchiv, H. 1/2000, S. 34f.

5 Vgl. Günter Benser: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang. Hefte zur ddr-geschichte. H. 75. Berlin 2002.

6 Der Schweizer Historiker Jörg Fisch geht in seinem Buch »Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg«, München 1992, davon aus, dass die Ostdeutschen zwischen 1945 bis 1953 sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung die höchsten Reparationen aufbringen mussten, die je nach einem Krieg geleistet werden mussten. Wie kam es zu dieser Überbelastung mit Reparationen? Stalin hatte der Oder-Neiße-Grenze im Vergleich zu den Vorstellungen von Churchill und Roosevelt auf der Konferenz in Jalta einseitig einen anderen Verlauf gegeben. Er musste während der Potsdamer Konferenz, wenn er eine Bestätigung dieses Verlaufs wenigstens bis zur Friedenskonferenz erreichen wollte, einer Teilung in Reparationsgebiete zustimmen. Der Gedanke einer Teilung Deutschlands wurde dadurch für den Westen attraktiv gemacht, konnte doch auf diese Weise die Hauptreparationslast dem kleineren Deutschland aufgebürdet werden.

7 Dazu ausführlich vgl. Siegfried Prokop: Der 17. Juni 1953. Geschichtsmymthen und historischer Prozess. hefte zur ddr-geschichte, H. 81. Berlin 2003, S. 6-17. Ders.: Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht-Ära (1950-1970). trafo Wissenschaftsverlag Berlin 2022, S. 48ff.

8 Vgl. Konstantin Simonow: Mit den Augen eines Menschen meiner Generation. Nachdenken über Stalin. In: Sowjetliteratur, Moskau 1989, H. 6, S. 56.

9 Ebenda, S. 59.

Perspektive neuer Dreimächte- bzw. Viermächte-Verhandlungen und Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjon sollten dies bestätigen. Nichtsdestoweniger hatte angesichts der Machtfülle, die sich in der Hand von Generalissimus Stalin angehäuft hatte, diese Fehleinschätzung schwerwiegende Auswirkungen auf die DDR.<sup>10</sup>

Die Lage wurde durch die sowjetische Besatzungspolitik verschärft. Julij Kwizinskij berichtet, dass sich unter den Mitarbeitern der sowjetischen Botschaft in Berlin »das Siegersyndrom« hielt, »die Vorstellung, dass man sich in der DDR vieles erlauben konnte, was in den anderen Ländern Osteuropas niemand geduldet hätte.«<sup>11</sup> Sowjetische Besatzungsbehörden nahmen willkürlich erscheinende Verhaftungen von DDR-Bürgern vor und verweigerten deren Familien jegliche Auskunft.<sup>12</sup>

Die vom 20. bis 22. November 1952 stattfindende 10. Plenartagung des ZK der SED legte die DDR noch stärker auf das sowjetische Modell fest und fasste einen Beschluss, der auf eine »Beschleunigung« des sozialistischen Aufbaus<sup>13</sup> zielte. Auf sowjetischen Vorschlag beschloss die Tagung, für die Landesverteidigung zusätzlich 1,5 Milliarden Mark einzusetzen. Eine Aufstockung der Mittel für das Militär mussten auch andere europäische sozialistische Länder vornehmen. Das »Programm der Sparsamkeit«, das Finanzminister Willy Rumpf auf der Tagung begründete, sah höhere Besitz- und Einkommenssteuern, gezielte Preiserhöhungen, ausgenommen für Waren des Grundbedarfs, Einsparungen in der volkseigenen Wirtschaft, Reduzierung von Sozialausgaben und von Aufwendungen für die Kultur vor. So entstand eine äußerst bedrohliche wirtschaftliche und politische Lage. Die DDR marschierte in eine Existenzkrise.

## Kulminationspunkt zweier Konfliktstränge

In bisherigen Darstellungen wird in der Regel vernachlässigt<sup>14</sup>, dass der 17. Juni ein Kulminationspunkt zweier Konfliktstränge war:

1. der einer veränderten Deutschlandpolitik der UdSSR von Ende Mai bis Ende Juni 1953, die in der deutschen Frage auf einen Kompromiss mit dem Westen auf Kosten der DDR aus war;
2. der der Systemkrise des Ostblocks am Ende der Stalin-Ära als Folge einer nicht angemessenen Antwort Stalins<sup>15</sup> auf die Rollback-Strategie der Eisenhower-Dulles-Administration in den USA, was vor allem für die DDR eine absolute Überforderung ihrer Kräfte zur Folge hatte.

10 Vgl. Heinz Heitzer: Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? Ursachen und Charakter des Juni-Konflikts 1953. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Leipzig, Jena, Berlin 1990, S. 129.

11 Julij Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin 1993, S. 166.

12 Vgl. Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation. Schkeuditz 2003, S. 150-335.

13 Später sollte mit dem Begriff des »beschleunigten sozialistischen Aufbaus« noch Politik betrieben werden, indem die sowjetische Seite den Begriff bereits der Zweiten Parteikonferenz zuordnete. So ließ sich die Grenze zwischen Rücknahme des »beschleunigten Aufbaus des Sozialismus« und der Rücknahme des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus überhaupt verwischen.

14 Mit Ausnahme von Friedrich Dieckmann: Moskauer Hintergründe des 17. Juni, in: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/5211626>.

15 Stalin rechnete mit einem unmittelbar bevorstehenden Krieg der NATO gegen das sozialistische Lager.

Pawel S. Sudoplatow, General des sowjetischen Geheimdienstes NKWD, erhielt vor den Feiern zum 1. Mai 1953 von Lawrentij Berija, Innenminister und NKWD-Chef, den Auftrag, die Durchführbarkeit einer eventuellen deutschen Wiedervereinigung zu sondieren. Berija ergänzte, »man sei im Kreml der Ansicht, die Schaffung eines neutralen, vereinigten Deutschland unter einer Koalitionsregierung sei der beste Weg, unsere Position in der Welt zu stärken. Deutschland solle als ausgleichender Faktor zwischen den amerikanischen und den sowjetischen Interessen in Westeuropa wirken. Dies werde zwar einige Konzessionen unsererseits erfordern, doch lasse sich das Problem mittels einer Entschädigung für die Sowjetunion lösen.«<sup>16</sup> Gemäß der Interpretation von Sudoplatow ging es darum, für die Demontage der Regierung Ulbricht Geld zu erpressen. Wörtlich führte er aus: »Das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sollte ein autonomes Gebiet im neuen vereinigten Deutschland werden.«<sup>17</sup>

Premierminister Winston Churchill hielt zur Eröffnung der außenpolitischen Debatte im Unterhaus am 11. Mai 1953 eine Rede. Er nutzte die Gunst der Stunde, dass Außenminister Anthony Eden wegen Krankheit sein Amt nicht ausüben konnte, für die Übernahme des außenpolitischen Ressorts. Churchill ging detailliert auf die Änderungen in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins ein. Er hielt eine Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR für wünschenswert und erkannte als erster westlicher Staatsmann die sowjetischen Sicherheitsinteressen ausdrücklich an. Die deutsche Frage sei in Europa das beherrschende Problem, über das sich im Hochsommer eine Konferenz der Großmächte verständigen sollte. Die Sowjetunion reagierte konstruktiv auf die Churchill-Initiative.<sup>18</sup>

Die Nachfolger Stalins in Moskau führten unübersehbare Maßnahmen in der DDR durch, die auf ein Einlenken in der deutschen Frage hindeuteten:

- Die Auflösung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) und die Einsetzung des Hohen Kommissars Wladimir S. Semjonow am 27. Mai 1953. Mit dem Amt des Hohen Kommissars stellte die UdSSR strukturell die Kompatibilität zu den westlichen Besatzungsmächten her, deren Hohe Kommissare Conant (USA), François-Poncet (Frankreich) und Kirkpatrick (Großbritannien) waren.
- Die Verfügung des Ministerrats der UdSSR vom 2. Juni 1953 »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik«.<sup>19</sup>

Vom 2. bis 4. Juni 1953 fand in Moskau eine Beratung des Parteipräsidiums der KPdSU mit einer Delegation des Zentralkomitees der SED, der Otto Grotewohl, Fred Oelfner und Walter Ulbricht angehörten, über eine radikale Kurskorrektur in der DDR statt. Dabei kam es zu scharfen Meinungsverschiedenheiten. Im Juli-Plenum des KPdSU-Präsidiums berichtete Chruschtschow über die Gespräche: »Die Führer der DDR hatten Fehler begangen, sie hätten berichtigt, nicht aber geringschätzig be-

16 Pawel A. Sudoplatow/Anatolij Sudoplatow: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals. Wien-New York-Moskau 1994, S. 421f.

17 Ebenda, S. 422.

18 Vgl. Die Ereignisse um den 17. Juni und die weltpolitische Lage. 6 Artikel der »Prawda« (25. April bis 10. Juli 1953). Berlin 1953.

19 Vgl. Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente. Berlin 2003, S. 38-43.

handelt werden dürfen. Als wir diese Frage erörterten, schrie Berija den Genossen Ulbricht und andere deutsche Genossen derart an, dass es schon peinlich war.«<sup>20</sup>

Der in Berlin amtierende ZK-Sekretär Hermann Axen erhielt noch vor der Rückkehr Ulbrichts und Grotewohls Besuch von Alexandr L. Orlow, dem bisherigen Leiter der Informationsabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission. Dieser übergab ein chiffriertes Telegramm, das von Grotewohl und Ulbricht am 2. Juni in Moskau unterzeichnet worden war.<sup>21</sup> Am 3. Juni fand eine Politbürositzung unter Leitung von Heinrich Rau statt, an der als Berichterstatter Hermann Axen und Friedrich Ebert teilnahmen. Das Politbüro beschloss in Übereinstimmung mit dem Telegramm Grotewohls und Ulbrichts, künftig alles zu vermeiden, was an den sozialistischen Aufbau erinnerte. Die wissenschaftliche Session an der Parteihochschule<sup>22</sup> wurde verschoben. Die Broschüren, die zum 60. Geburtstag von Walter Ulbricht vorbereitet waren, seien zu überprüfen und der »Druck und (die) Herausgabe aller Bücher, Broschüren usw. über die II. Parteikonferenz und die Verwendung der Beschlüsse der II. Parteikonferenz<sup>23</sup> sollten sofort eingestellt werden. Das Politbüro bestätigte einen Brief an die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, der sie zu einem entsprechenden Kurswechsel aufforderte. Die Orientierung gehe künftig in Richtung eines demokratischen Deutschland, kommentierte Axen aus dem Rückblick auf dem Höhepunkt seines Lebens die Konsequenz des angeordneten Kurswechsels.<sup>24</sup>

Der »Neue Kurs«, der am 9. Juni 1953 vom SED-Politbüro und am 11. Juni vom DDR-Ministerrat beschlossen wurde, berücksichtigte wesentliche Aspekte nicht, die für eine Lösung der Krise erforderlich gewesen wären. Zu fragen ist, ob das nur ein Versehen, eine Dummheit oder volle Absicht war? Besonders schwerwiegend wirkte sich die Nichtrücknahme der administrativen Normerhöhung aus. Praktisch wurde die Normenfrage zum Auslöser von Streiks und Demonstrationen vor allem von Arbeitern, die am 16. und 17. Juni 1953 in einigen Städten aufrührerartigen Charakter annahmen. Warum wurde das Ruder so jäh herumgerissen? Rudolf Herrnstadt, der am 10. Juni das für die Öffentlichkeit bestimmte Kommuniké entwerfen musste, kamen schwere Bedenken: »Je mehr ich versuchte, das Kommuniké in der aufgetragenen Weise (4-5 Seiten, kurze, erschöpfende, mitreißende Aufzählung) zu schreiben, desto klarer wurde mir, dass es in der vorgesehenen Form eine nicht zu verantwortende Chocwirkung (Hervorhebung – d. Verf.) in der Partei und in der Öffentlichkeit hervorrufen müsse.«<sup>25</sup> Schon Ulbricht hatte diese Einwände gehabt und Semjonow vortragen. Ohne Erfolg. Nachdem auch Herrnstadt seine Einwände dem Hohen Kom-

20 Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Berlin 1993, S. 67.

21 Vgl. Hermann Axen: Ich war ein treuer Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert. Berlin 1996, S. 135.

22 Vermutlich im Zusammenhang mit dem 60. Geburtstag Ulbrichts am 30. Juni 1953.

23 Vgl. Niederschrift Walter Ulbrichts des in Moskau abverlangten Telegramms aufgrund der Verfügung des Ministerrats der UdSSR »Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik« vom 2. Juni 1953, in: UTOPIE kreativ, H. 149, Berlin März 2003, S. 217. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/285, Bl. 1.

24 Hermann Axen, a.a.O., S. 135f.

25 Vgl. Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Herausgegeben von Nadja Stulz-Herrnstadt. Hamburg 1990, S. 72.

missar vorgetragen hatte und für etwas mehr Zeit plädierte, antwortete dieser: »In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.«<sup>26</sup>

Arnold Eisensee<sup>27</sup> hatte 1953 in seinem (damals unveröffentlichten) Report beschrieben, welcher Sprengstoff in dem die Normerhöhungen bekräftigenden Artikel in der Gewerkschaftszeitung »Tribüne«<sup>28</sup> vom 16. Juni steckte und wie schwierig es war, die Lage auf der Stalinallee zu beruhigen. Der Report berichtet von der Baustelle am 16. Juni: »Die auf Block 40 versammelten Funktionäre atmeten gerade tief durch und wollten sich eine kleine Pause gönnen, als urplötzlich eine gänzlich unvermutete und auch für mich unfassbare Situation entstand. Denn da radelten, von der Auerstrasse kommend, zwei Bauarbeiter die Löwestrasse herauf. Der eine steckte in Maurerkleidung, der andere – ein bulliger Zweimetermann – trug blaue Monteurklamotten. »Kollegen« rief der Maurer. »Helft uns!« der Monteur. »Die Vopo<sup>29</sup> hat das Krankenhaus umzingelt und uns eingeschlossen!« »Die Tore dichtgemacht!« »Wir sind umstellt!« Sechzig, siebzig, hundert Maurer, Betonierer, Elektriker, Rüster und Transporter kehrten um, rannten herbei: »Hauen wir sie raus!« »Nieder mit der Vopo!« »Weg mit den Normen!« »Auf zum Krankenhaus!«<sup>30</sup>

In wessen Auftrag wiegelten der Maurer und der Monteur, die keiner kannte, die Bauarbeiter auf? Schon frühzeitig wurde die These in Betracht gezogen, die Juniunruhen in der DDR seien auf sowjetische Initiative entstanden.<sup>31</sup> Am 18. Juni telegraphierte der britische Botschafter in Paris, Oliver Harvey, nach London, dass die Sowjets anfangs die Demonstrationen und Streiks geduldet, wenn nicht gar unterstützt hätten. Er verwies dabei auf Berichte des französischen Hochkommissars André François-Poncet. Sie hätten jedoch nicht damit gerechnet, dass sich hieraus Gewalt und größere Dimensionen entwickeln könnten. Ihr Kalkül habe darin bestanden, dass es durch den öffentlich demonstrierten Unwillen über die wirtschaftlichen Maßnahmen der DDR-Regierung möglich würde, die in Ungnade gefallenen Spitzenfunktionäre ihrer Ämter zu entheben.

Am 27. Juni 1953 fand ein Treffen der westlichen Alliierten Hohen Kommissare statt, auf dem François-Poncet erneut davon sprach, dass die Streiks und Demonstrationen am 16. Juni 1953 im Einverständnis mit den Sowjets stattgefunden hätten. Er fügte hinzu, dass die Behörden der DDR die ursprüngliche Demonstration der Bau-

26 Ebenda, S. 74.

27 Arnold Eisensee (1926-1993), Journalist und Schriftsteller, leitete 1953 das Funkstudio Stalinallee. Im Jahre 1962 wurde er aus unbekanntem Gründen aus der SED ausgeschlossen. Irene Eisensee, seine Frau, gab 1999 seine Aufzeichnungen über die Vorgänge in der Stalinallee im Jahre 1953 für die Veröffentlichung frei.

28 In dem Artikel trumpfte Otto Lehmann, Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, regelrecht auf: »Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig.« Joachim Hoffmann, langjähriger Mitarbeiter des FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke, erklärte im Dezember 2001 am Rande eines Kolloquiums der »Hellen Panke«, dass Lehmann nichts tat, was er nicht vorher mit Walter Ulbricht abgestimmt hatte. Vgl. Siegfried Prokop: Probleme der Geschichte der DDR, a.a.O., S. 99.

29 Schimpfwort für die Volkspolizei.

30 Arnold Eisensee: Funkstudio Stalinallee, in: Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. Schkeuditz 1999, S. 253.

31 Vgl. Michael Gehler: Der 17. Juni 1953 aus der Sicht des Foreign Office, in: Das Parlament, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, 18. Juni 1993, S. 24.

arbeiter sowohl organisiert als auch genehmigt hätten. Der österreichische Historiker Michael Gehler, der dazu das relevante Archivmaterial gesichtet hat, hob hervor: »Als Beweis führte er (François-Poncet – d. Verf.) an, dass die Volkspolizei hierbei inaktiv war und mit den Demonstranten in ‚weiser‘ Voraussicht überein zu stimmen schien, dass Minister Fritz Selbmann eine Antwortrede an die Vertretung der Streikkomitees halten und dabei die Abschaffung der erhöhten Normen ankündigen würde, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass dann alles zufriedenstellend enden würde.«<sup>32</sup> Französischen Diplomaten war aufgefallen, dass diensthabende Polizeibeamte außerhalb der Gebäude, vor denen sich die Demonstranten versammelten, am 16. Juni entgegen der sonst üblichen Norm keine Waffen trugen.

Zwischen Semjonow und Hermann Kastner<sup>33</sup>, ab 1951 Vorsitzender des Förderungsausschusses für die Deutsche Intelligenz beim Vorsitzenden des DDR-Ministerates und gleichzeitig Gehlen-Agent<sup>34</sup>, kam es im Juni 1953 zu sechs Begegnungen. Beraten wurde über ein Regierungsprogramm und über Personenkonstellationen in der DDR. Wäre die Rechnung Semjonows aufgegangen, wäre nach einigen Überlieferungen Kastner Ministerpräsident der DDR geworden.<sup>35</sup> SED-Chef Walter Ulbricht wäre durch den Chefredakteur des »Neuen Deutschland«, Rudolf Herrnstadt, der ein Papier zur Modernisierung und Demokratisierung der SED ausgearbeitete hatte<sup>36</sup>, ersetzt worden.<sup>37</sup>

## Beendigung der neuen DDR-Politik

Am 26. Juni 1953, dem Tag der Verhaftung Berijas, trafen sich Soja Rybkina<sup>38</sup> und Olga Tschechowa<sup>39</sup> in Berlin zu Sondierungen, um Chancen für eine deutsche Wiedervereinigung auszuloten. Kurz und bündig schreibt darüber Sudoplatow: »Am nächsten Tag berichtete sie (die Rybkina – d. Verf.) über eine abhörsichere Telefonleitung, der Kontakt sei wiederaufgenommen. Ohne weitere Erklärung befahl ich ihr, in einem Militärflugzeug nach Moskau zurückzukehren.«<sup>40</sup>

Das also war das letztlich entscheidende Ergebnis der Demonstrationen und Streiks am 17. Juni 1953 in der DDR. Unter Nikita Chruschtschow entschied das Präsidium der KPdSU in Moskau darüber, dass es bei der Existenz der DDR bleibt.

32 Ebenda, S. 25.

33 Hermann Kastner (1886-1957) 1949/50 mit Karl Hamann Vorsitzender der LDPD und Stellv. Ministerpräsident der DDR. Im Juli 1950 aus der LDPD ausgeschlossen. Im Mai 1951 Wiederaufnahme in die LDPD.

34 Vgl. Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971. Mainz-Wiesbaden 1971, S. 202f.

35 Vgl. Herbert Graf: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge. Erinnerungen. Berlin 2008, S. 229f.

36 Vgl. Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument, a.a.O.

37 Vgl. Wolfgang Mleczkowski: Ulbricht. Gewinner des Aufstandes, in: Der Morgen, Beilage, Berlin 16./17. Juni 1990.

38 Soja Rybkina war Leiterin der deutschen Abteilung des Auslandsnachrichtendienstes der UdSSR. Nach Berijas Sturz wurde sie lediglich degradiert und nach Sibirien umgesiedelt. Unter dem Namen Woskressenskaja schrieb sie Kinderbücher. 1991 starb sie. Vgl. Gerd Kaiser: »Was war denn da in Mainila los?«, in: Neues Deutschland, 26.11.1994.

39 Die Schauspielerin und Nichte des Schriftstellers Tschechow war feste Mitarbeiterin des NKWD beim sowjetischen Innenministerium.

40 Sudoplatow, a.a.O., S. 425.

War dies das Ziel der an den Streiks und Demonstrationen Beteiligten? Die Antwort kann weder Ja noch Nein lauten. Lassen wir den Zeitzeugen Bertolt Brecht zu Wort kommen: »in aller ihrer richtungslosigkeit und jämmerlicher hilflosigkeit zeigen die demonstrationen der arbeiterschaft immer noch, dass hier die aufsteigende klasse ist. nicht die kleinbürger handeln, sondern die arbeiter. ihre losungen sind verworren und kraftlos, eingeschleust durch den klassenfeind, und es zeigt sich keinerlei kraft der organisation, es entstehen keine räte, es formt sich kein plan. und doch hatten wir hier die klasse vor uns, in ihrem depraviertesten<sup>41</sup> zustand, aber die klasse. alles kam darauf an, diese erste begegnung voll auszuwerten. das war der kontakt. er kam nicht in der form der umarmung, sondern in der form des faustschlags, aber es war der kontakt. - die partei hatte zu erschrecken, aber sie brauchte nicht zu verzweifeln. nach der ganzen geschichtlichen entwicklung konnte sie sowieso nicht auf die spontane zustimmung der arbeiterklasse hoffen. es gab aufgaben, die sie unter den gegebenen umständen ohne zustimmung, ja gegen den widerstand der arbeiter durchführen musste. aber nun, als grosse ungelegenheit, kam die grosse gelegenheit, die arbeiter zu gewinnen. deshalb empfand ich den schrecklichen 17. juni als nicht einfach negativ.«<sup>42</sup>

Die Streiks und Demonstrationen am 17. Juni in der DDR bewirkten in Moskau eine Änderung in der Deutschland-Politik. Am Ende der Auseinandersetzungen siegte Chruschtschow. Verlierer war Berija, der am 26. Juni verhaftet und am 23. Dezember 1953 hingerichtet wurde. Sudoplatow stellte fest: »Am 29. Juni 1953 widerrief das Präsidium seine neue DDR-Politik.«<sup>43</sup>

Unter Chruschtschow ging es um die Stärkung der DDR. Ulbricht und Grotewohl blieben. Herrstadt und Zaisser verloren ihre Positionen und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Kastner blieb, von Semjonow gestützt, vorerst noch in seiner Funktion beim Förderungsausschuss für die Deutsche Intelligenz. In der Nacht vom 5. zum 6. September 1956 floh er in den Westen. Am 4. September 1957 erlag er in einem Zug nach Pullach einem Herzinfarkt.<sup>44</sup> In den Memoiren von Semjonow kommt Kastner nicht vor.<sup>45</sup>

Vom 20. bis 22. August 1953 kam es in Moskau zu Verhandlungen zwischen der DDR und der UdSSR mit dem Resultat:

- Der DDR werden die restlichen Reparationen und die Nachkriegsstaatsschulden erlassen.
- Die Besatzungskosten werden gesenkt und die letzten 33 SAG<sup>46</sup>-Betriebe werden übergeben.
- Die DDR erhält einen Kredit in Höhe von 485 Mill. Rubel und sowjetische Warenlieferungen.
- Die Diplomatischen Missionen der UdSSR in Berlin und der DDR in Moskau werden in Botschaften umgewandelt.<sup>47</sup>

41 Depravare (lat.): I. verdrehen, entstellen, verunstalten; II. verschlechtern, verderben, verführen.

42 Bertolt Brecht: Arbeitsjournal 1938-1955. Berlin 1977, S. 515.

43 Sudoplatow, a.a.O., S. 426.

44 Vgl. Graf, a.a.O., S. 230.

45 Vgl. Wladimir S. Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow. Berlin 1995.

46 SAG – Sowjetische Aktengesellschaft, die Rechtsform der von der Besatzungsmacht verwalteten Betriebe in der DDR.

47 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil III. Berlin 1967, S. 388.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es 1953 keinerlei Chance für die deutsche Einheit gab. Konrad Adenauer nahm am 15. Dezember 1955 gegenüber dem britischen Botschafter Sir Ivone Kirkpatrick eine Klarstellung vor, die nichts offenließ. Das von Joseph Foschepoth entdeckte Dokument unterlag bis zum 2. Januar 1986 der dreißigjährigen Sperrfrist. Adenauer hatte Kirkpatrick gesagt, dass er, selbst wenn sämtliche Voraussetzungen, die der Westen seit Jahren als Vorbedingung für eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert hatte, erfüllt seien, dagegen gewesen sei: »Der entscheidende Grund sei«, so heißt es in dem Dokument, »dass Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. Er sei äußerst besorgt, dass sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, dass die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei.«<sup>48</sup> Adenauer ergänzte, dass er Wert darauf lege, dass die Briten seine Haltung in dieser Frage kennen. Allerdings gebe er zu bedenken, dass es katastrophale Folgen für seine politische Position haben würde, wenn seine Ansichten, die er in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden.

---

48 Zit. nach: Josef Foschepoth (Hg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 55. Das Dokument in Englisch, S. 289f.